

FU und CSA bekennen sich zu Betreuungsgeld

Pressemitteilung zum Thema "Betreuungsgeld ist Anerkennung für Erziehungsleistung in der Familie"

26.04.2012

FU und CSA diskutieren bei einer Sitzung über Familienpolitik und berufliche Förderung von Frauen

Unterfranken. Am vergangenen Montag trafen sich die Bezirksvorstände der Frauen-Union und der Christlich Sozialen Arbeitnehmer (CSA) um die Vorsitzenden Dr. Anja Weisgerber, MdEP, und Dr. Christian Steidl zu einer gemeinsamen Sitzung im Würzburger Hofbräu, bei der sich die beiden Arbeitsgemeinschaften über verschiedene Themen austauschten. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Familienpolitik.

Die Vorstände waren sich einig, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden müsse. Besonders in der Kinderbetreuung sei in Deutschland über lange Jahre einiges versäumt worden. Wichtig sei, dass die Politik Familien direkt unterstützt. Die Einführung des Betreuungsgeldes sei dabei ein zentraler Baustein. "Wir bekennen uns ganz klar zum Betreuungsgeld", betonten Weisgerber und Steidl. "Zusammen mit dem Ausbau von Krippenplätzen ist das Betreuungsgeld ein entscheidender Bestandteil unserer Politik für die Wahlfreiheit der Eltern." Steidl kritisierte Stimmen, die die Finanzierbarkeit des Betreuungsgeldes in Frage stellen: "Ein Krippenplatz kostet den Staat etwa sieben Mal so viel wie das Betreuungsgeld und in der Familie kann das Kind viel intensiver gefördert werden, weil sich die Betreuerin in der Krippe um mehrere Kinder kümmern muss. Kindererziehung in der Familie bedeutet in den allermeisten Fällen also mehr Leistung für weniger Geld." Weisgerber fügte hinzu, dass das Betreuungsgeld ein Gebot der Fairness sei, das die Leistungen der Familienarbeit anerkenne.

Daneben sind auch die deutschen Unternehmen gefragt. "Wir müssen in Deutschland endlich ein familienfreundliches Klima schaffen, in dem sich junge Familien in der Gesellschaft und der Arbeitswelt willkommen fühlen", so Weisgerber. So könne die Politik durch Fördermittel, wie den Europäischen Sozialfonds (ESF), Beratungsangebote für die Wirtschaft und Arbeitnehmerinnen unterstützen. Zum Beispiel existiert in Schweinfurt bereits eine "Beratungsstelle für Wirtschaft und Familie", die sich an kleine und mittlere Unternehmen richtet. Sie berät Arbeitgeber, wie sie ihre Familienfreundlichkeit und die Attraktivität zur Gewinnung qualifizierter Arbeitskräfte erhöhen können. "Darüber hinaus gibt es in Unterfranken das Erfolgsprojekt "Beratungsstelle Frau und Beruf", das am Rhön-Saale Gründer- und Innovationszentrum Bad Kissingen angesiedelt ist und Anlaufstelle für Frauen in allen Lebenskontexten ist. Die Beratungen richten sich sowohl an arbeitslose Frauen, als auch an Frauen, die sich beruflich verändern wollen oder Probleme mit dem Arbeitgeber oder Kollegen haben sowie Frauen, die nach einer Kindererziehungspause wieder ins Berufsleben einsteigen wollen. Auf Initiative der Frauen-Union Unterfranken konnte das Projekt bereits erfolgreich auf weitere Landkreise, wie Schweinfurt, Hassberge oder Würzburg, ausgeweitet werden", so die FU-Vorsitzende weiter.